

bedeutenden Finanzkrise, die kostspieligen Umzugsplänen im Wege stehen dürften. Im weiteren ist offenbar auch bei der Beamtenschaft keine grosse Bereitschaft zu einer «Züglete» feststellbar. Man scheint sich in Genf wohlzufühlen. Möglicherweise werden jedoch UNO-Sparbemühungen, die unabdingbar sind, auf Genf selbst zurückschlagen. Um so wichtiger, so schien es auch unserer Kommission, werden Institutionen mit den Zielsetzungen von FIPOI.

Wenn Sie gestatten, Herr Präsident, will ich den zweiten Kredit auch gerade begründen.

Bei diesem Kreditbegehren – Zusatzkredit für den Neubau des zentralen Suchdienstes des IKRK – in der Höhe von 480 000 Franken brauchen wir tatsächlich nicht lange zu verweilen. Er ist teuerungsbedingt. Zudem ist er mit Zustimmung der Finanzdelegation bereits der FIPOI ausbezahlt worden und figuriert auch im Voranschlag von 1985.

Bemerkenswert ist immerhin – und das ist die einzige Bemerkung, die ich noch anfügen möchte –, dass durch Einsparungen, durch günstigere Arbeitsvergebungen und so weiter die Vergleichsteuerung wesentlich unterschritten worden ist. Das ist eine positive Seite dieser Vorlage.

Die Kommission beantragt Ihnen ebenfalls einstimmig, auf diese Vorlage einzutreten und dem Zusatzkredit zuzustimmen.

A

Bundesbeschluss über ein Darlehen an die Immobilienstiftung für die internationalen Organisationen (FIPOI) in Genf
Arrêté fédéral concernant l'octroi d'un prêt à la fondation des immeubles pour les organisations internationales (FIPOI) à Genève

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1 und 2
Titre et préambule, art. 1 et 2

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussentwurfes 31 Stimmen
 (Einstimmigkeit)

B

Bundesbeschluss über einen Zusatzkredit für den Neubau des Zentralen Suchdienstes des IKRK
Arrêté fédéral concernant l'octroi d'un crédit additionnel pour la construction du nouveau bâtiment de l'Agence centrale de recherches du CICR

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1 und 2
Titre et préambule, art. 1 et 2

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussentwurfes 32 Stimmen
 (Einstimmigkeit)

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

86.016

Europarat. Bericht des Bundesrates Conseil de l'Europe. Rapport du Conseil fédéral

Bericht vom 26. März 1986 (BBI II, 46)
 Rapport du 26 mars 1986 (FF II, 51)

86.013

Delegation beim Europarat. Bericht Délégation auprès du Conseil de l'Europe. Rapport

Antrag der Kommission
 Kenntnisnahme von den Berichten
Proposition de la commission
 Prendre acte des rapports

Herr **Gadient** unterbreitet im Namen der Schweizer Parlamentarierdelegation beim Europarat den folgenden schriftlichen Bericht (texte français voir «Bulletin officiel du Conseil national», session d'été 1986):

Bericht über die 37. ordentliche Session der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

1. Einleitung

Die Schweizer Parlamentarierdelegation beim Europarat berichtet im folgenden über ihre Tätigkeit während der 37. ordentlichen Session der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, die in drei Teilsessionen zwischen April 1985 und Ende Januar 1986 in Strassburg tagte.

Die Schweizer Delegation setzte sich wie folgt zusammen:

Nationalrat

Butty (Vizepräsident), Cantieni, Dupont, Morf, Müller-Aargau, Pini, Riesen, Sager

Ständerat

Debétaz, Gadient (Präsident), Dreyer, Weber-Solothurn

Zu Beginn der Frühjahrsession 1985 wurden Ständerat Debétaz als Präsident der Kommission für Wissenschafts- und Entwicklungsfragen und Nationalrat Pini als Präsident der Unterkommission für Beschäftigungsfragen der Kommission für Sozial- und Gesundheitsfragen wiedergewählt. Nationalrat Butty wurde Präsident der Reglementskommission und Nationalrat Dupont sah sich als Vizepräsident der Budgetkommission bestätigt.

Wir bitten Sie, von diesem Bericht Kenntnis zu nehmen.

2. Wichtige Entwicklungen im europäischen Integrationsbereich

Das Berichtsjahr stand integrationspolitisch im Zeichen der vom Luxemburger EG-Gipfel im Dezember 1985 verabschiedeten Reform der EG-Verträge und des Beitrittes Portugals und Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft am 1. Januar 1986.

Der Impuls für die Reform der EG-Verträge ging vom Beschluss des Mailänder EG-Gipfels vom Sommer 1985 aus, bis 1992 einen einheitlichen EG-Binnenmarkt zu schaffen. Der Übergang vom Einstimmigkeitsprinzip zum System der qualifizierten Mehrheit in vielen, im Zusammenhang mit dem Binnenmarktziel relevanten Bereichen, stellt den Kern der Reform dar. Ferner soll die EG-Kommission künftig über

eine grössere Entscheidungsautonomie verfügen und das Europäische Parlament vermehrt in den Entscheidungsmechanismus des Rates einbezogen werden, allerdings ohne ihm neue echte Befugnisse zu übertragen. Auch soll die Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit vermehrt zum Gegenstand der EG-Zusammenarbeit gemacht werden. Erweiterungen der Europäischen Gemeinschaft sind erfahrungsgemäss mit Schwierigkeiten verbunden. Inwiefern dies beim Beitritt Portugals und Spaniens der Fall sein wird, ist schwer vorauszusehen. Die weitere Entwicklung innerhalb der Zwölferegemeinschaft wird auf jeden Fall Auswirkungen auf die europäische Zusammenarbeit haben, sei es zwischen der EG und den EFTA-Staaten oder zwischen der EG und dem Europarat. Die Zusammenarbeit wird aber um so besser funktionieren, je schneller die Gemeinschaft ihre dritte Erweiterung verkraften und ihre Stellung konsolidieren kann.

Stand der Zusammenarbeit EG-EFTA-Staaten

Wir haben vor einem Jahr kurz auf die im April 1984 von den Handelsministern der EG- und EFTA-Staaten beschlossene Schaffung eines dynamischen und homogenen europäischen Wirtschaftsraumes hingewiesen. Dieses Ziel soll parallel zu den Bemühungen um einen einheitlichen EG-Binnenmarkt erreicht werden. Die Folgearbeiten sind – wenn auch in gewissen Bereichen etwas «harzig» – im Gange. Der etwas langsame Gang der Dinge ist vor allem auf die Komplexität der Materie zurückzuführen.

Die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit in Westeuropa erhielt wichtige Impulse im Berichtsjahr durch die EUREKA-Initiative, die Anerkennung des Prinzips der Öffnung der EG-Technologieprogramme für Unternehmen und Forschungsinstitute aus EFTA-Ländern und durch die Unterzeichnung der Rahmenabkommen Schweiz-EG und Schweden-EG über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit. Mit Ausnahme Islands streben auch die anderen EFTA-Länder den Abschluss solcher Abkommen an.

Stand der Zusammenarbeit EG-Europarat

Der Europarat ist mit Blick auf die dritte Gemeinschaftserweiterung nicht untätig geblieben. Die vor einiger Zeit beschlossene Intensivierung und Vertiefung des politischen Dialoges innerhalb des Ministerkomitees, die Bemühungen um bessere Beziehungen zwischen Strassburg und Brüssel und die Einsetzung durch die Parlamentarische Versammlung einer Kommission europäischer Persönlichkeiten unter der Leitung von Emilio Colombo zwecks Ausarbeitung von Vorschlägen zur Verwirklichung eines geeinten Europas müssen in diesem Zusammenhang gesehen werden. Die Colombo-Kommission ging in ihrer Arbeit von der nicht unumstrittenen These aus, dass man die Kompetenzen des Europarates und der Europäischen Gemeinschaft nicht fein säuberlich voneinander abgrenzen könne, und legte im Juni 1985 folgende erste Vorschläge vor:

Unter dem Titel «Stärkung des Europarates»

- Weitere Intensivierung und Vertiefung des politischen Dialoges.
- Einbeziehung der Fachministerkonferenzen in den Entscheidungsmechanismus des Europarates
- Verbesserung des Menschenrechtsschutzsystems
- Weiterführung der Strassburger Konferenz der parlamentarischen Demokratien (Studium der Probleme der Demokratie)
- Ueberprüfung – und wenn nötig – Revision der Europäischen Konventionen
- Ausarbeitung einer neuen Konvention gegen den Terrorismus, die von allen Mitgliedern des Europarates akzeptiert werden könnte
- Definierung neuer Aktionsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der Jugendarbeitslosigkeit, der Armut und der Ueberalterungen der Bevölkerung
- Verschiedene Initiativen im Kultur- und Bildungsbereich zur Förderung einer europäischen Identität.

Unter dem Titel «Neue Partnerschaft zwischen den beiden Organisationen»

- Vertiefte Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und der Parlamentarischen Versammlung
 - Gemeinsame Aktionen in den Bereichen Kultur- und Bildung sowie Wissenschaft und Technologie
 - Möglichkeit des Beitritts der Gemeinschaft zur Europäischen Menschenrechtskonvention zwecks Vermeidung divergierender Rechtsprechungen zwischen dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Strassburg und dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft in Luxemburg
 - Möglichkeit des Beitritts der Gemeinschaft zu verschiedenen Europaratskonventionen; umgekehrt soll abgeklärt werden, inwieweit EG-Direktiven in allen Mitgliedländern des Europarates Anwendung finden können.
- In einem Schlussbericht will die Kommission Colombo bestimmte Fragen vertiefen, neue Vorschläge unterbreiten und sich auch mit der Frage der ost-westlichen Zusammenarbeit in Europa auseinandersetzen.
- Es bleibt abzuwarten, ob die Arbeiten der Kommission Früchte tragen werden. Einem starken und dynamischen Europarat wird es auch leichter fallen, eine für beide Seiten befriedigende Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft zu finden.

3. Frühjahrsession 1985 (22. – 26.4.1985)

Die wichtigsten Geschäfte der Frühjahrsession 1985 waren:

- Die Lage in der Türkei
- Verkürzung der Arbeitszeit als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
- Rückkehr von Wanderarbeitnehmern in ihre Heimatländer.

A. Die Lage in der Türkei

Zu Sessionsbeginn wurde gegen die Mandate der türkischen und griechisch-zypriotischen Delegationen Einspruch erhoben. Deren Gutheissung erfolgte einen Tag später auf Antrag des Präsidenten der Reglementscommission, Nationalrat Butty. Im Falle der griechisch-zypriotischen Delegation geschah dies praktisch geschlossen, obwohl man das weitere Fehlen eines Vertreters des türkischen Bevölkerungsteiles höchst bedauerlich fand. Das Mandat der türkischen Delegation hingegen wurde nur knapp bestätigt.

Die Berichterstatter der politischen und juristischen Kommissionen konnten wohl einige Fortschritte auf dem Weg zur Wiederherstellung der Demokratie feststellen, doch sei die Mängelliste immer noch lang und gravierend. Nationalrat Riesen forderte die Türkei auf, ihre Truppen aus Zypern zurückzuziehen. Damit könne sie ihren Willen zur Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen unter Beweis stellen.

Die Versammlung forderte die türkischen Behörden zur Behebung der noch bestehenden Mängel auf und beauftragte die beiden federführenden Kommissionen mit der weiteren Verfolgung der dortigen Lage.

B. Verkürzung der Arbeitszeit als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Die Länder des Europarates zählen heute 20 Millionen arbeitslose Menschen, darunter viele Jugendliche. Dass diese massive Arbeitslosigkeit schwere Folgen für die demokratischen Institutionen und die Sozialordnungen haben könnte, sieht jedermann ein. Nicht einig ist man sich aber über die Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, darunter auch die Arbeitszeitverkürzung. In der Debatte kam klar zum Ausdruck, dass es kein Patentrezept für die Arbeitszeitverkürzung gibt. Auch Nationalrat Pini unterstrich diese Tatsache und verlangte ferner eine Neudefinierung des Begriffes der Arbeit. Nationalrätin Morf nannte die technologische Innovation und Umweltschutzmassnahmen als weitere wichtige Faktoren für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und warf Fragen betreffend die kulturellen und sozialen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit, der Auswirkungen der verkürzten Arbeitszeit auf die Freizeitbeschäftigung, der Integrierung arbeitsloser Jugendlicher in die Erwachsenen-

welt und der künftigen Bedeutung der wichtigen, aber vielfach unbezahlten Frauenarbeit auf.

Die Meinungen zum Thema Arbeitszeitverkürzung gingen so sehr auseinander, dass schliesslich die Versammlung eine entsprechende Empfehlung mit 48 zu 45 Stimmen knapp ablehnte.

C. Rückkehr von Wanderarbeitnehmern in ihre Heimatländer

Wanderarbeitnehmer und ihre Angehörigen, die in ihre Heimatländer zurückkehren müssen oder wollen, sehen sich dort oft aus den verschiedensten Gründen grossen Schwierigkeiten gegenüber. Die einstimmige Versammlung ruft daher die Regierungen der Mitgliedländer auf, den Gastarbeitern und ihren Angehörigen bei einer Rückkehr in ihre Heimat die Wiedereingliederung zu erleichtern. An die Adresse der Regierungen der Gastländer wird der Appell gerichtet, auf sogenannte Heimkehrprämien zu verzichten, weil damit oft die wirklichen Interessen der Rückkehrer unberücksichtigt bleiben. Aus der langen Reihe von Vorschlägen und Empfehlungen verdient die Aufforderung an die Regierungen der Gast- und Herkunftsländer, die Grundlagen der bilateralen Zusammenarbeit zu überprüfen und dabei einer regionalen Entwicklung im Herkunftsland Priorität einzuräumen, besondere Beachtung. Diese Zusammenarbeit soll Einzel- oder Gemeinschaftsprojekte umfassen, an denen sich die Gastarbeiter mit Hilfe eines vom Gastland eingerichteten Kreditsystems beteiligen könnten.

Nationalrat Müller schlug eine Ergänzung des Empfehlungstextes vor, wonach dem Gastland, welches solche Projekte mitfinanzieren hilft, das Recht und die Möglichkeit eingeräumt werden soll, in den Heimatländern Erfolgskontrollen vorzunehmen. Dieser Text wurde dann in der Detailberatung insofern abgeschwächt, als nur noch vom Recht auf Evaluation die Rede ist.

Nationalrat Pini plädierte, um die Suche nach Lösungen des Gastarbeitersproblems zu beschleunigen, für die Einsetzung eines permanenten Koordinationsorgans im Rahmen der Arbeitsministerkonferenz.

D. Verschiedenes

Unterstützt von 41 Mitgliedern der Versammlung (inkl. alle anwesenden Schweizer) reichte Ständerat Gadiant in der Frühjahrssession 1985 einen Antrag auf Bildung einer Verkehrskommission der Parlamentarischen Versammlung ein, die bis Januar 1986 Vorschläge für eine harmonisierte europäische Verkehrspolitik zu unterbreiten hätte. Dieses Vorhaben scheiterte vor allem an der Budgetfrage, aber auch an den Aengsten gewisser bestehender Kommissionen über den möglichen Verlust angestammter Kompetenzen.

Die Stellung der Frau in der Politik gab ebenfalls zu einer Debatte Anlass. Auslöser war ein 1983 von der damaligen Nationalrätin Girard-Montet eingereichter Vorstoss mit dem Fernziel einer paritätischen Vertretung von Männern und Frauen in den nationalen Parlamenten. Die Versammlung empfiehlt allen Regierungen, Parteien und Gewerkschaften die Ergreifung von Massnahmen, um die Vertretung der Frauen in allen öffentlichen Gremien zu verbessern. Nationalrätin Morf zeichnete den langen, noch nicht abgeschlossenen Weg der Schweizer Frauen in Richtung Gleichberechtigung nach. Nationalrat Dupont unterstrich die Bedeutung des regionalen und lokalen Rahmens für diesbezügliche Fortschritte und regte die Uebermittlung der Empfehlung an die Europakonferenz der Gemeinden und Regionen an.

Die Versammlung sprach sich auch für die Förderung des Wettbewerbs im europäischen Luftverkehr aus. Ständerat Debétaz intervenierte in dieser Debatte in seiner Eigenschaft als Präsident der federführenden Kommission.

Die Versammlung befasste sich auch mit der europäischen Konvention über die internationale Anerkennung der Rechtspersönlichkeit nichtgouvernementaler Organisationen, welche Entscheidendes zur internationalen Zusammenarbeit beitragen. Nationalrat Dupont beantragte erfolglos die Rückweisung des Geschäftes an die zuständige

Kommission zwecks genauerer Ueberprüfung gewisser Punkte der Konvention im Interesse einer effizienten und harmonischen Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und diesen Organisationen.

Nationalrätin Morf legte anlässlich der Sitzung der Ständigen Kommission vom März 1985 den Bericht zum 8. Kontrollzyklus betreffend die Anwendung der Europäischen Sozialcharta vor.

4. Minisession 1985 (1. – 4.7.1985)

Hauptereignis der Minisession von Hamburg war die Sitzung des sogenannten «gemischten Ausschusses», der die Ständige Kommission und das Ministerkomitee zu regelmässigen Aussprachen über wichtige Themen vereinigt. Hauptthemen der Hamburger Aussprache waren der EG-Gipfel von Mailand und der Mitte Juni publizierte erste Bericht der Colombo-Kommission. Drei der in Hamburg anwesenden Staatssekretäre aus EG-Ländern berichteten über Verlauf und Ergebnis der Mailänder Gipfelkonferenz. Schon allein die Tatsache, dass die beiden Organe des Europarates sofort nach einem EG-Gipfel durch hochrangige Persönlichkeiten orientiert wurden, ist erwähnenswert. Sie ist ein Zeichen dafür, dass man es nicht nur bei der Beschwörung der engeren Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und der Europäischen Gemeinschaft belassen will.

Alarmiert durch den zunehmenden Terror gegen die Luftfahrt, verabschiedete die Ständige Kommission im Dringlichkeitsverfahren eine Entschliessung, die die Mitgliedländer auffordert, die internationale Zusammenarbeit gegen den Terrorismus zu verstärken und die Ausarbeitung einer neuen Konvention gegen den Terrorismus zu prüfen, die von allen Mitgliedländern ratifiziert werden könnte, was bei der bestehenden Konvention aus dem Jahre 1977 nicht der Fall zu sein scheint.

Die Ständige Kommission befasste sich u.a. auch mit einem Bericht von Nationalrätin Morf über die Lage des professionellen Tanzes in Europa.

5. Herbstsession 1985 (25.9. – 3.10.1985)

Die wichtigsten Traktanden der Herbstsession 1985 waren:

- Die Zukunft der europäischen Zusammenarbeit
- Asyldebatte
- Tätigkeiten der OECD und der EFTA
- Entsorgung nuklearer Abfälle.

A. Die Zukunft der europäischen Zusammenarbeit

Diskussionsgrundlage für die politische Debatte über die Zukunft der europäischen Zusammenarbeit war der erste Bericht der Kommission Colombo (siehe Einleitung). Die Versammlung würdigte die vielen Vorschläge der Kommission, insbesondere jene in bezug auf die Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und der Gemeinschaft und die Intensivierung des politischen Dialoges. Es wurden aber auch Befürchtungen laut, wonach der Europarat durch die dritte Erweiterung der Gemeinschaft an Bedeutung verlieren könnte, was zu einer Marginalisierung der Nicht-EG-Mitgliedländer führen könnte.

Ständerat Gadiant vertrat die Auffassung, dass eine weitere aktive Mitwirkung des Europarates am Aufbau Europas nach der dritten Gemeinschaftserweiterung möglich sei, sofern

- die Zusammenarbeit zwischen Europarat und Gemeinschaft zwecks Vermeidung der Entstehung eines Grabens zwischen EG-Mitglied- und EG-Nichtmitgliedländern gefördert werde;
- klare Prioritäten zur Vermeidung von Doppelspurigkeiten und der Verzettelung der Kräfte gesetzt würden;
- der politische Dialog im Rahmen des Europarates verstärkt werde und
- die enge Zusammenarbeit zwischen Versammlung und Ministerkomitee gewährleistet wird, damit die angelaufene «Wiederbelebung» des Europarates nicht an Schwung verliert.

Ständerat Debétaz nannte im Namen der Wirtschaftskom-

mission die Rolle Europas im Nord-Süd-Dialog, die Durchführung eines parlamentarischen Hearings über die Jugend Arbeitslosigkeit und die Empfehlung über die Luftfahrtsicherheit als konkrete Beispiele der Zusammenarbeit EG-Europarat im wirtschaftlichen Bereich.

B. Asyldebatte

Aus der Strassburger Asyldebatte ging deutlich die Ueberzeugung hervor, dass auf Westeuropa eine zunehmende Flüchtlingswelle zukomme und dass kein westeuropäisches Land allein diese Lage meistern könne. Konsequenterweise müsse man sich für eine europäische Flüchtlingspolitik im Rahmen des Europarates einsetzen. In diesem Sinne schlug Nationalrat Pini erfolgreich als erste praktische Massnahme eine Ergänzung des Empfehlungstextes an das Ministerkomitee vor, worin dieses aufgefordert wird, ein ständiges Organ zwecks Koordinierung der Asylpolitik der Mitgliedländer zu errichten.

Weitere Kernpunkte der Empfehlung betreffen:

- Die Ausarbeitung einer Europäischen Konvention zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften in bezug auf die Anerkennung von Flüchtlingen;
- die Ausarbeitung einer verbindlichen Definition des Begriffes «Erstasyland»;
- die Beschleunigung der Asylgewährungsverfahren in den Mitgliedländern.

In Anlehnung an den Wiedereingliederungsfonds des Europarates für innereuropäische Flüchtlinge schlug Nationalrat Müller die Schaffung eines Fonds für aussereuropäische Flüchtlinge vor. Dies würde es dem Europarat erlauben, aktiv zu werden, z.B. durch die Errichtung von Flüchtlingsheimen in der Nähe von Krisenherden. Damit könnte man auch den Tätigkeiten der Schlepperorganisationen wirksam begegnen.

C. Debatte über die Tätigkeiten der OECD und der EFTA

OECD

Die Debatte über die Tätigkeit der OECD fand in Anwesenheit parlamentarischer Delegationen aus Australien, Kanada, Finnland, Japan und erstmals aus Jugoslawien statt. Der amerikanische Kongress konnte keine Delegation entsenden.

Die Diskussion zeigte eine breite Zustimmung zum freien Welthandel. Japan wurde wegen seinem nicht genügend geöffneten Markt kritisiert. Scharf kritisiert wurde auch die marktverzerrende Landwirtschaftspolitik der Europäischen Gemeinschaft. Kritisiert wurde ferner die Abnahme der Hilfe an die Entwicklungsländer. Mehrfach wurde die Abwesenheit der amerikanischen Delegation bedauert, zumal die Ueberbewertung des Dollars und die finanzpolitische Lage der USA für die weltwirtschaftlichen Probleme mitverantwortlich seien.

EFTA

Die EFTA-Debatte stand im Zeichen der vertieften Zusammenarbeit zwischen den EFTA-Ländern und der Europäischen Gemeinschaft, die mit der Unterzeichnung der Luxemburger Erklärung vom April 1984 betreffend die Schaffung eines dynamischen und homogenen europäischen Wirtschaftsraumes eingeleitet wurde.

Ständerat Debétaz griff in beide Debatten in seiner Eigenschaft als Präsident der federführenden Kommission ein.

D. Entsorgung radioaktiver Abfälle

Bis 1990 wird ein Drittel der in den Europaratsländern produzierten Elektrizität aus Atomkraftwerken stammen. Der damit verbundene Abfall von Atommüll erfordert eine Beschleunigung der Programme zur Einrichtung geeigneter und sicherer Endlager. Dies war der Grundtenor eines Berichtes der federführenden Kommission. Nationalrätin Morf bezeichnete die Bemühungen der NAGRA im Zusammenhang mit dem Projekt «Gewähr» als nicht überzeugend; ganz allgemein lägen keine befriedigenden Lösungsmöglichkeiten für das Entsorgungsproblem vor. Die Frage sei

berechtigt, ob unter diesen Umständen durch den Bau weiterer Atomkraftwerke neue Sachzwänge und immer gefährlichere Situationen geschaffen werden dürften.

E. Verschiedenes

Zu Beginn der Session wurde gegen das Mandat der maltesischen Delegation Einspruch erhoben, weil nur die Regierungspartei vertreten war. Die Versammlung beschloss auf Antrag der Reglementscommission (Berichtersteller war Nationalrat Butty), den Entscheid über die Gültigkeit des Mandates bis zur Januarsession 1986 auszusetzen, um Malta Gelegenheit zu geben, dannzumal eine vollständige Delegation zu entsenden, was in der Zwischenzeit geschehen ist.

Die Versammlung befasste sich u.a. auch mit folgenden Geschäften:

- Lage der Juden in der Sowjetunion (eine Verschlechterung wurde festgestellt);
- Krieg zwischen Iran und Irak;
- Lage in Südafrika
- Umweltschutz im Mittelmeerraum
- Mäzenatentum und Kultur (Nationalrätin Morf griff in diese Debatte ein);
- Verwertung toter menschlicher Föten für industrielle und kommerzielle Zwecke;
- Europäische Sozialcharta; eine politische Bilanz;
- Revision der Geschäftsordnung (Berichtersteller war Nationalrat Butty);
- Frage der Vorabentscheidung durch den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof; Vorschlag zu einem fakultativen Zusatzprotokoll zur Menschenrechtskonvention.

6. Wintersession 1986 (27. – 31.1.1986)

Die wichtigsten Traktanden der Wintersession 1986 waren:

- Ansprache des ägyptischen Staatspräsidenten Mubarak
- Die Lage im Libanon
- Europäische Antwort auf den internationalen Terrorismus
- Europäische Verkehrspolitik
- Jugendarbeitslosigkeit

A. Ansprache des ägyptischen Staatspräsidenten Mubarak
Präsident Mubarak rückte seine Vorstellungen über die Möglichkeiten einer Wiederbelebung der Friedensbemühungen im Nahen Osten in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Nur eine Nahostkonferenz unter allen unmittelbar Betroffenen, unter Beizug der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, könne eine Lösung bringen. Man käme nicht darum herum, die PLO als alleinige Vertreterin des palästinensischen Volkes an einer solchen Konferenz zu akzeptieren. Westeuropa hätte an einer solchen Konferenz eine wichtige Mittlerrolle zu übernehmen.

B. Die Lage im Libanon

Nationalrat Dupont wurde letztes Jahr von der politischen Kommission mit einer Informationsmission in den Nahen Osten betraut. Er hatte abzuklären, inwieweit eine Betrachtung der Lage im Libanon aus einem europäischen Blickwinkel zu einem dauerhaften Frieden und zum Wiederaufbau eines modernen libanesischen Staates beitragen könne. Seine Mission führte ihn nicht nur in den Libanon, sondern auch nach Aegypten, Jordanien, Syrien und Tunesien. Seine ersten Eindrücke fasste er in der Form eines Zwischenberichtes wie folgt zusammen:

- Westeuropa sei in der Lage, die komplexen Probleme dieser Region aus neutraler Sicht zu beurteilen;
- eine Beteiligung Westeuropas an der Suche nach Lösungen im Nahen Osten wird erwartet;
- der Libanon fühle sich wirtschaftlich und kulturell mit Europa verbunden;
- auch Syrien suche Kontakte zu Westeuropa, und der Libanon sei die unentbehrliche Pforte zum Westen, den Syrien auch wirtschaftlich nötig habe.

Nationalrat Dupont wird später einen ausführlichen Bericht vorlegen.

C. Europäische Antwort auf den internationalen Terrorismus

Die Versammlung reagierte auf die Terroranschläge vom vergangenen Dezember in Italien und Oesterreich mit einer unmissverständlichen Kampfansage gegen den Terrorismus. Der Empfehlungstext bezichtigt Libyen, Syrien und den Iran ausdrücklich der politischen, logistischen und finanziellen Unterstützung des Terrors. Er ruft die bereits bestehenden einschlägigen Europäischen Konventionen zur Bekämpfung des Terrorismus in Erinnerung und fordert deren konsequente Anwendung oder Ratifizierung, sofern dies noch nicht der Fall sein sollte. Wichtige Staaten, wie z.B. Frankreich, Griechenland und Italien, haben immer noch nicht die Europäische Konvention zur Bekämpfung des Terrorismus aus dem Jahre 1977 ratifiziert. Das Ministerkomitee wird aufgefordert, neue Formen der Zusammenarbeit in der Terrorbekämpfung zu finden, sowie mögliche politische und wirtschaftliche Massnahmen gegen Staaten zu erörtern, die den Terrorismus direkt oder indirekt unterstützen.

Nationalrat Sager wies der Sowjetunion die Hauptverantwortung dafür zu, dass Minderheitenvertreter sich des Terrors als Mittel zu bedienen begonnen hätten. Der Terror habe nicht nur Hunderte von Opfern auf dem Gewissen, er bedrohe auch Rechte und Institutionen von grundsätzlicher Bedeutung in Demokratien. Schliesslich gefährde er auch die Allianz Westeuropas mit den Vereinigten Staaten. Auch er forderte in erster Linie die konsequente Anwendung schon bestehender internationaler Rechtsinstrumente, wobei er entsprechende Aufklärung der Völker und Druck auf die Regierungen empfahl.

D. Europäische Verkehrspolitik

Alle zwei Jahre dient die Parlamentarische Versammlung im Zusammenhang mit der Behandlung der Jahresberichte der Europäischen Transportministerkonferenz (CEMT) als Forum für die Erörterung europäischer Verkehrsfragen.

Die 1953 gegründete CEMT setzt sich aus 17 der 21 Mitgliedsländer des Europarates plus Finnland und Jugoslawien zusammen. Von den Mitgliedsländern des Europarates fehlen: Irland, Liechtenstein, Malta und Zypern.

Die CEMT strebt eine bessere Nutzung und eine einheitliche Entwicklung des grenzüberschreitenden Verkehrs in Europa an.

Bundesrat Schlumpf, gegenwärtiger CEMT-Präsident, nahm anlässlich seines Strassburger Auftritts zum Bericht der Kommission für Wirtschafts- und Entwicklungsfragen über die letzten Jahresberichte der CEMT, aber auch zu den schweizerischen Verkehrsabgaben Stellung. Er war mit dem Berichterstatter der Wirtschaftskommission einig, dass es eine europäische Verkehrspolitik erst in Ansätzen gäbe. Die Verkehrspolitik werde in Europa überwiegend einzelstaatlich festgelegt, nur in Teilbereichen bilateral abgestimmt und nur in einzelnen Sektoren multilateral ausgestaltet. Obwohl die CEMT nur Empfehlungen und Entschliessungen verabschieden könne, sei seit ihrer Gründung auf dem Gebiet der grenzüberschreitenden Harmonisierung des Ausbaus der Infrastrukturen, der Betriebsgestaltung und der Finanzen doch beachtliches geschehen. Das Thema der grossen europäischen Verkehrsachsen werde die CEMT in Zukunft sehr beschäftigen, und zwar unter Berücksichtigung des Umweltschutzes, des Investitionsbedarfs und der möglichen wirtschaftlichen Nutzen. Anschliessend skizzierte Bundesrat Schlumpf die verschiedenen schweizerischen Vorhaben im Verkehrsbereich und rief die Bereitschaft unseres Landes zur internationalen Koordinierung und Zusammenarbeit in Erinnerung. Die Schweiz habe ihre nichtdiskriminierenden – im Vergleich zu anderen Ländern –, bescheidenen Verkehrsabgaben erst nach langem Zögern eingeführt, nachdem klar geworden war, dass eine Harmonisierung nicht in Aussicht stand. Die Harmonisierung nationaler Verkehrspolitiken bleibe die Leitlinie und Voraussetzung für eine weitere Liberalisierung. Es gäbe jedoch keine harmonisierte europäische Verkehrspolitik ohne die Transitländer im Herzen Europas. Europarat und CEMT seien die

geeignete Plattform für die Erarbeitung einer harmonisierten europäischen Verkehrspolitik.

Nationalrat Pini setzte sich noch einmal für den Vorschlag von Ständerat Gadiet zur Schaffung einer Verkehrskommission im Rahmen der Parlamentarischen Versammlung ein, der, wie oben erwähnt, keine Gnade gefunden hatte. Er setzte eine Ergänzung des Entschliessungstextes durch, worin er auf die Bedeutung der Entwicklung leistungsfähiger Eisenbahntransversalen im Zusammenhang mit der Schaffung eines durchgehenden Systems schneller Züge aufmerksam machte.

E. Jugendarbeitslosigkeit

Vierzig Prozent der gegenwärtig 20 Millionen Arbeitslosen in den Mitgliedstaaten des Europarates sind weniger als 25 Jahre alt. Die Aussichten stehen auch für die kommenden Jahre schlecht. Die Versammlung empfiehlt den Regierungen der Mitgliedländer folgende Massnahmen:

- Politik des selektiven Wachstums;
- Flexibilität (Teilarbeitszeit; Verringerung der Arbeitszeit; Förderung beruflicher und geographischer Mobilität);
- Schaffung engerer Verbindungen zwischen Schulen und der Arbeitswelt;
- Koppelung von Arbeits- und Ausbildungsverträgen im Sinne der Schaffung einer Uebergangszeit zwischen Schule und Arbeit, was den jungen Leuten die so wichtige praktische Erfahrung vermitteln würde;
- anerkannter Status für junge Leute während der Ausbildung;
- Förderung der Initiativen junger Leute zur Schaffung von Unternehmen.

Ständerat Debétaz beteiligte sich an der Debatte in seiner Eigenschaft als Präsident der federführenden Kommission. Nationalrat Pini vertrat den Berichterstatter der Kommission für Sozial- und Gesundheitsfragen und intervenierte auch in seiner Eigenschaft als Präsident der Unterkommission für Beschäftigungsfragen.

Nationalrat Müller wehrte sich gegen die in einer der Diskussionsunterlage enthaltene indirekte Beschuldigung der Marktwirtschaft als Alleinverantwortliche für die Jugendarbeitslosigkeit. Man müsse die Jugend dazu erziehen, dass sie wieder vermehrt selber die Initiative ergreife und nicht im Staat ein Allheilmittel für alle Probleme sehe. Die Jugend müsse – in Abwandlung eines Kennedy Wortes – nicht die Gesellschaft fragen, ob sie Arbeitsplätze bereitgestellt habe, sondern eher wo und wie sie für die Gesellschaft Arbeitsplätze schaffen könne.

F. Verschiedenes

Nach der Aussprache über die Stellung der Frau in der Politik vom Frühjahr 1985 fand nun unter dem Titel «Gleichberechtigung von Mann und Frau» eine Fortsetzung der Debatte statt, in deren Verlauf Nationalrätin Morf intervenierte.

Nationalrätin Morf hob im Zusammenhang mit Berichten über die Konferenz «Parlament und Wissenschaft» (Tokio/Tsukuba, Juni 1985) und die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit in Europa die Bedeutung des Dreiecksverhältnisses Europa-USA-Japan für die Weltwirtschaft hervor, worin die europäisch-japanischen Beziehungen die schwache Achse darstellten. Sie begrüsst daher besonders die im Eureka-Programm aufgelisteten Projekte zur Entwicklung der wissenschaftlichen und technologischen Kreativität. Der Dialog zwischen Europa und Japan werde erst dann Früchte tragen, wenn Europa dauernde Anstrengungen zur Beibehaltung und Erhöhung seines technologischen Niveaus unternähme.

Nationalrat Müller äusserte sich zum Bericht über die Zusammenarbeit im Universitätsbereich zwischen Europa und Lateinamerika.

7. Vorstösse und Anregungen in den eidgenössischen Räten betreffend den Europarat im Berichtsjahr

85.314 Interpellation Ott vom 4. Februar 1985. Europäische Flüchtlingskonferenz (nimmt Bezug auf den Europarat als eventuelles Koordinationsorgan).

85.545 Interpellation Carobbio vom 17. September 1985. Europäische Menschenrechtskonvention. Ratifikation des Zusatzprotokolls

85.683 Einfache Anfrage Morf vom 18. September 1985. Eureka-Projekt (nimmt Bezug auf den Europarat als eventuelles Koordinationsorgan).

Gadient, Berichterstatter: Dem schriftlichen Bericht über die 37. ordentliche Session der parlamentarischen Versammlung des Europarates haben Sie die Kernpunkte einer recht umfangreichen Aktivität entnommen. Ergänzend dazu einige Bemerkungen:

Im Lichte der Nord-Süd-Erweiterung der EG stellt sich die Frage des Nebeneinanders von Europarat und EG einmal mehr. In unserem Bericht ist die Arbeit der Kommission Colombo erwähnt, die eine bessere Koordination der Tätigkeiten der beiden Gremien zum Ziel hat. Wir haben Ihnen die Massnahmen aufgelistet, die man nach Auffassung dieses Gremiums ergreifen sollte, um die Partnerschaft zwischen den beiden Organisationen zu stärken. Leider sind in dieser wichtigen Frage bis heute nur geringe Fortschritte erzielt worden. Andererseits verdient die Tatsache Erwähnung, dass man im Innenverhältnis dem Hauptziel nähergerückt ist, nämlich einer engeren Verbindung zwischen den Mitgliedstaaten zum Schutze und zur Förderung der Ideale und Grundsätze, die ihr gemeinsames Erbe bilden, und einer Förderung ihres wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts. Die enge politische Zusammenarbeit der 21 ist geprägt durch eine Atmosphäre der gegenseitigen Achtung. Die Bereitschaft zum konstruktiven politischen Dialog auf allen Stufen der Organisation des Europarates gehört gerade in Anbetracht der sich ständig mehrenden grenzüberschreitenden Probleme ebenfalls in eine solche Wertung. Nach dem UNO-Verdikt vom 16. März 1986 wird immer wieder gefragt, ob das wuchtige Nein des Schweizer Volkes nicht auch Folgen für die schweizerische Europapolitik haben muss. Ich meine nicht, denn der Bezugskreis Europa, unsere Haltung in europäischen Belangen oder gar die Mitgliedschaft im Europarat wurden in keinem Stadium der UNO-Diskussion auf einen gemeinsamen Nenner mit der Frage des UNO-Beitritts gebracht. Im Gegenteil: immer wieder bekannten sich Gegner des Beitritts ausdrücklich zum Europagedanken. Diese Haltung ist auch insofern verständlich, als die im Zusammenhang mit dem UNO-Beitritt in den Vordergrund gerückte Neutralitätsfrage beim Eintritt in den Europarat wohl von vergleichbarer Aktualität war. Inzwischen hat man jedoch längst festgestellt, dass unsere Neutralität durch die Strassburger Präsenz und tätige Mitarbeit im rein kooperativen und nicht supranationalen Europarat nie in Gefahr geriet.

Der Europarat hat natürlich auch ins Gewicht fallende Schwachstellen, die es zu überwinden gilt: Bürokratie, Papierflut, «Kommissionitis» und Tendenz zur Verzettlung der Kräfte sind vordergründige Beispiele dafür. Der Europarat wird diesen Problemen nur beikommen können, wenn es ihm gelingt, in seinen Tätigkeiten klare Prioritäten zu setzen. Schwergewichtig müsste in jenen Bereichen gearbeitet werden, in denen der Europarat bereits Erfahrung besitzt: Menschenrechte, juristische Zusammenarbeit, Kultur und Erziehung, Umwelt- und Naturschutz gehören dazu.

Auf der anderen Seite sollten durch den Europarat auch vermehrt Fragen bearbeitet werden, die eine grosse Anzahl von Bürgern betreffen. Die Verkehrs-, Asyl- und Flüchtlingspolitik ist geradezu auf ihn zugeschnitten. Wie soll zum Beispiel über die grossen Transitachsen und Transitlinien gesamteuropäischer Dimension diskutiert werden, ohne Mitwirkung der nahezu hauptbetroffenen Alpenländer

Oesterreich und Schweiz? Beide gehören bekanntlich dem Europarat, aber nicht der EG an. Die Schweizer Delegation beim Europarat hat sich mit einem auf die Schaffung eines Verkehrsausschusses abzielenden Vorstoss entsprechend eingesetzt, und sie wird dieses Anliegen beharrlich weiterverfolgen. Eine aktive und innovative, von Mitverantwortung und Solidarität getragene, schweizerische Mitarbeit wird nicht nur bei den Partnerländern Anerkennung finden, sondern auch positive Auswirkungen für die Zukunft Europas und damit auch unseres Landes haben.

Namens der Schweizer Parlamentarierdelegation möchte ich abschliessend Herrn Bundesrat Aubert und seinen Mitarbeitern vom EDA danken für die uns stets bewiesene Unterstützung im gemeinsamen Bestreben, unsere Tätigkeit im Interesse unseres Landes möglichst aufbauend zu gestalten und damit auch jenen Beitrag zu leisten, den man in Strassburg von uns erwartet.

M. Aubert, conseiller fédéral: C'est à mon tour, Monsieur Gadient, de vous remercier parce que je n'aimerais pas que l'on passe sous silence le rôle éminent que nos parlementaires jouent au Conseil de l'Europe comme celui de notre délégué permanent à Strasbourg, Monsieur l'Ambassadeur Raeber. L'importance de l'activité de nos parlementaires est illustrée par le nombre considérable de présidences et de vice-présidences occupées par les membres de la délégation suisse. Je voudrais relever ici l'exemple de M. Debétaz qui a été élu au printemps 1985 président de la Commission de la recherche et du développement. Je citerai encore M. Massimo Pini, président de la sous-commission des questions de l'emploi de la Commission des questions sociales et de la santé; M. Butty, président de la Délégation suisse, qui est devenu président de la Commission du règlement; M. Bernard Dupont, qui a été confirmé en tant que vice-président de la Commission du budget et à qui la Commission des questions politiques a confié une mission importante d'information au Moyen-Orient. Je tiens ici, au nom du Conseil fédéral, à remercier les parlementaires suisses, qui font partie de cette délégation au Conseil de l'Europe, du temps qu'ils y consacrent. Je tiens à les remercier très sincèrement du travail qu'ils ont accompli. Ce travail a été particulièrement remarqué. Vous savez l'importance que nous accordons au Conseil de l'Europe, qui est le seul forum politique dont la Suisse est membre, parmi la minorité, puisque maintenant douze des vingt-et-un membres du Conseil de l'Europe sont aussi membres de la CEE. C'est dire combien je tiens à remercier encore tous les parlementaires qui sacrifient tant pour cette tâche qui est extrêmement importante pour notre pays.

Präsident: Die Kommission beantragt Kenntnisnahme von diesen Berichten. Wir nehmen Kenntnis.

Zustimmung – Adhésion

85.240

**Parlamentarische Initiative (Bauer)
Bundespersonal im Ausland.
Politische Rechte der Ehegatten
Initiative parlementaire (Bauer)
Agents de la Confédération à l'étranger.
Droits politiques des conjoints**

*Wortlaut der Initiative vom 26. September 1985
Artikel 7bis (neu)*

Die Bediensteten des Bundes, die der Beamten- oder Angestelltenordnung unterstehen und im Ausland eingesetzt sind, sowie ihre Ehegatten, können von dort aus brieflich

Delegation beim Europarat. Bericht

Délégation auprès du Conseil de l'Europe. Rapport

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1986
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	10
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	86.013
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	18.06.1986 - 08:00
Date	
Data	
Seite	375-380
Page	
Pagina	
Ref. No	20 014 565

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.